

Foto: Philipp Wohlfeil



Beschäftigte des Bezirksamtes protestierten nach der Betriebsversammlung vor dem Rathaus Köpenick.

LINKE: Bezirk soll sich nicht an Kürzungen beteiligen

Beschäftigte demonstrieren gegen Personalabbau

300 Stellen sollen nach den Plänen des Senats im Öffentlichen Dienst in Treptow-Köpenick gestrichen werden. Dagegen protestierten jetzt Beschäftigte des Bezirksamtes mit einer Kundgebung vor dem Rathaus Köpenick im Anschluss an eine Personalversammlung. Zuvor hatte sich auch die Interessengemeinschaft Treptow-Köpenicker Bürgervereine und -Initiativen mit einem Schreiben an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewandt.

Uwe Doering, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus hatte der Interessengemeinschaft geantwortet, dass er die Sorge, dass „die vorgesehene Stellenreduzierung die Funktionsfähigkeit spezieller Bereiche und Aufgabengebiete des Bezirksamtes gefährde“, teilt. Deshalb, so Doering, lehne die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus auch einen weiteren

Personalabbau in den Bezirken, so auch in Treptow-Köpenick, ab. Er verwies darauf, dass bereits in den Haushaltsberatungen die SPD/CDU-Koalition, darunter auch Abgeordnete aus Treptow-Köpenick, den Bezirken eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung der Bezirke verweigert wurde.

Bei der Kundgebung nach der Personalversammlung, bei der rund 250 Beschäftigte ihren Protest ausdrückten, sprach auch Philipp Wohlfeil, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der BVV.

Die Folgen der Politik des Senats könne es sein, dass die Arbeitsbelastung für die Mitarbeiter und der Druck der Vorgesetzten zunehmen werde, so dass die Leistung, welche die Bezirksverwaltung erbringt, sinken werde. Damit schrumpfe entsprechend der Kosten-Leistungsrechnung auch die Zuweisung des Senats

und der Bezirk schlittere in die Haushaltsnotlage. Oder der Bezirk muss seine Aufgaben ausgliedern, outsourcen: „Die internen Verwaltungsabläufe macht dann Bertelsmann, alle Sozial- und Bildungseinrichtungen gehen an freie Träger und Gebäude, Grünflächen und Straßen werden von profitorientierten Privatunternehmen betrieben.“

Deshalb forderte Wohlfeil das Bezirksamt auf, sich an der Umsetzung der Kürzungsmaßnahmen nicht zu beteiligen. „Nicht als symbolische, letztlich wirkungslose Geste. Sondern weil nur bei aktivem Widerstand des Bezirksamtes der Senat per Verwaltungsgericht die Durchsetzung seiner Politik zu erzwingen versuchen wird. Damit wäre dann der Weg frei für eine Klärung, ob dieses Vorhaben verfassungsmäßig ist oder nicht. Und ich bin davon überzeugt: es ist es nicht.“

■ ■ Karl Forster

Jetzt unterschreiben

Noch bis 28. September ist Gelegenheit, für das Volksbegehren Nachtflugverbot in Berlin zu unterschreiben. Dafür ist jedoch noch eine Kraftanstrengung notwendig. Einen Monat vor Ende der Frist sind nach offiziellen Zahlen der Landeswahlleiterin erst 58.300 Unterschriften dort eingegangen. Die Bürgerinitiativen sind jedoch zuversichtlich. *(Siehe dazu Bericht im berlin-info im Innenteil)*

IN DIESER AUSGABE

- Seite 3:** Nein zu Bombengeschäften auf der iLA
- Seite 4:** Unterwegs mit Streetworkern
- Seite 5:** Rechte Gewalt weiter gestiegen
- Seite 5:** Literarischer Spaziergang in Adlershof
- Seite 8:** 40 Jahre Allende-Viertel

Kein freier Träger zur Übernahme gefunden Kürzungen des Senats zwingen zu Schließung des Jugendclubs

Schon der Beginn der Sitzung der Bezirksverordneten am 30. August stand im Zeichen der zu treffenden harten Entscheidungen. Zunächst beantwortete Jugendstadtrat Gernot Klemm (DIE LINKE) eine Bürgeranfrage zur bevorstehenden Schließung des Jugendclubs ABC, die notwendig geworden sei, da der Bezirk von der Koalition im Abgeordnetenhaus aus SPD und CDU finanziell nicht aufgabengerecht ausgestattet worden sei. Nicht nur bei Jugendeinrichtungen, sondern auch in allen anderen Bereichen komme es zu Kürzungen. Währenddessen stürmten unter Konfettiregen zwei in weiße Maleranzüge gekleidete Jugendliche mit Megafon und Transparent ins Plenum und machten ihrem Unmut über die geplante Schließung der Jugendfreizeiteinrichtung Luft. Unter den Rufen „Wir bleiben alle“ wurden sie schließlich von der Polizei aus dem Saal getragen. Klemm erklärte weiter, es habe zahlreiche



Versuche gegeben, die in der Jugendeinrichtung entstehenden Kosten zu verringern. So seien neben der Prüfung einer fachübergreifenden Nutzung, etwa mit Sport- oder Kul-

tureinrichtungen, auch etwa 90 Träger leider ergebnislos angeschrieben worden, die das Gebäude hätten übernehmen können. „Sollte ein kostendeckendes Konzept zur Finanzierung der Einrichtung vorgelegt werden, so Klemm, wäre er „froh, das Haus erhalten zu können“. Im Raum stehe aber noch eine Nutzung durch das Stadttheater Cöpenick, das eine neue Heimstätte suche.

Zur Abstimmung über die den vorgelegten Maßnahmeplan legte sich eine gespannte Ruhe über den Besuchersaal. Die Bezirksverordneten lobten das von Klemm vorgelegte Konzept, das die drohende Schließung von bis einem Drittel aller Jugendfreizeiteinrichtungen abgewendet habe, wie der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses Alexander Freier (SPD) vorrechnete. Auch Marcus Worm (B'90 /Grüne) unterstützte die „aus purer Geldnot“ getroffenen Maßnahmen und wünschte sich vom Senat ein klares Bekenntnis zu den Bezirken und zur Jugendarbeit. Bei drei Gegenstimmen und Enthaltung der CDU-Fraktion wurde der Plan durch die Bezirksverordnetenversammlung beschlossen. Dies sei der traurigste Tag seiner bisherigen politischen Tätigkeit als Stadtrat, schließt Klemm, denn eigentlich gehöre die Jugendarbeit ausgebaut und nicht gekürzt. ■ ■ jr

Beschlossen:

• **VII/0257** Gründung einer eigenständigen Grundschule am Schulstandort Hänsselstraße (Bezirksamt)

• **VII/0171** Verkehrliche Erschließung des Wohngebiets „Falkenberg“ in Bohnsdorf (CDU)

• **VII/0253** Fahlenbergbrücke, Befahrbarkeit während der Sanierung sicherstellen (CDU)

• **VII/0254** Bebauungsplan Treptower/Twintower (B90/Grüne) soll ausgelegt und die Bürger beteiligt werden

• **VII/0249** Informationen in leichter Sprache sollen im Jobcenter ausgelegt werden (SPD)

• **VII/0250** Querungshilfe Kieffholzstraße soll in der Nähe der Bushaltestelle Hänsselstraße eingerichtet werden (SPD)

In die Ausschüsse überwiesen

• **VII/0251** Beleuchtung Fußweg zwischen Forum und Hämmerlingstraße herstellen (DIE LINKE)

• **VII/0256** Regionales Entwicklungskonzept BER – Erweiterung auf Gebiete, in denen städteplanerische Änderungen aufgrund des Flughafens bisher nicht betrachtet wurden. (DIE LINKE, CDU, B90/Grüne, Beitritt PIRATEN)

• **VII/0235** Durchsuchbarkeit von Bezirksamtseiten durch Suchmaschinen wie beispielsweise Google (Piraten)

kurz notiert

► Schwimmkurse für Grundschüler

Während nur jeder zweite Grundschüler der dritten Klasse zu Beginn des Schuljahres schwimmen konnte, waren es in diesem Jahr nach Beendigung des Schuljahres noch knapp elf Prozent. Der Berliner Durchschnitt lag bei 19 Prozent, heißt es in der Antwort von Stadtrat Gernot Klemm auf eine entsprechende Kleine Anfrage von Matthias Schmidt. Der SPD-Verordnete bezog sich auf einen Zeitungsbericht über Patenschaften für Schwimmkurse durch die Berliner Bäderbetriebe. Während dies dem Bezirksamt bisher nicht bekannt war, so Klemm, kön-

ne sich das Amt aber auch eine Bewerbung für entsprechende Kurse bei der Einschulungsuntersuchung vorstellen.

► Bezirklicher Winterdienst

Bisherige Bemühungen, Freiwillige Feuerwehren und das Technische Hilfswerk (THW) in den regulären Winterdienst einzubeziehen, haben zu keinem Erfolg geführt, heißt es aus dem Bezirksamt zu einem entsprechenden Beschluss der BVV vom April 2011. Das Konzept werde nun überarbeitet unter besonderer Berücksichtigung der rechtlichen und arbeitsrechtlichen Grundlagen.

IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick
Monatszeitschrift des Bezirksverbandes und der BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE Treptow-Köpenick
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Karin Franzke, Edith Karge, Maximilian Nitschke, Helga Pett.
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.
Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung
Druck: Druckerei Bunter Hund, Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28. August 2012
Redaktionsschluss für „blättchen 185“: 25.9.2012
Ausgabetag „blättchen“ 185: Do 4. 10. 2012
Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.

Bombengeschäfte auf der ILA – DIE LINKE sagt Nein!

Waffenexporte fördern Konfrontation und Kriegsgefahr

Bei der diesjährigen ILA Berlin Air Show in der Zeit vom 11. bis 16. September wird neben ziviler Luft- und Raumfahrttechnik auch wieder ein großes Segment der deutschen und internationalen militärischen Luftfahrt zu sehen sein. Die Bundeswehr ist mit neuesten Kampfflugzeugen und -Hubschraubern der größte ILA-Aussteller. Wie in den Vorjahren wird es wieder zu lärmintensiven Flugvorführungen modernster Militär-Fluggeräte kommen. Als Highlight wird dabei der neue Militärtransporter A 44 M angepriesen, der am Flugprogramm teilnehmen soll. Besonderes Augenmerk legen die ILA-Organisatoren in diesem Jahr auf sogenannte Unbemannte Flugsysteme, besser bekannt als Drohnen, für die in den

kommenden Jahren ein riesiges Wachstumspotential prognostiziert wird.

So faszinierend die Vorführung aller dieser Geräte und Waffensysteme für manche Besucher sein wird – ihr Einsatz kann tödlich sein, wenn wir uns nur an die Bombardierung von zivilen Tanklastzügen oder Hochzeitsgesellschaften in Afghanistan erinnern, bei denen hunderte Unbeteiligte den qualvollen Tod fanden. Die Ausrüstung der deutschen Luftwaffe mit betonbrechenden Marschflugkörpern, Kampfdrohnen oder dem Kampfzonentransporter A 400 M lässt nichts Gutes für weltweite Einsätze der Bundeswehr erwarten.

Auf der ILA sollen neue Rüstungsgeschäfte eingefädelt werden. Deutschland

belegt unter den Händlern des Todes bereits Platz 3 auf der Welt und Platz 1 in der EU. Solche Waffenexporte fördern Konfrontation, wo Kooperation nötig wäre und erhöhen die Kriegsgefahr in Spannungsgebieten! Deutsche Waffenschmiedern verdienen weltweit am Geschäft mit dem Tod, und auf der ILA wird das vorbereitet und gefördert.

Aus all diesen Gründen kann man die Veranstalter der ILA, an denen auch das Land Berlin beteiligt ist und damit den Senat nur auffordern, den militärischen Teil der ILA baldmöglichst aus dem Programm zu nehmen. Die ILA darf nicht weiter zu einer Rüstungsmesse verkommen.

Solche Bombengeschäfte mit dem Tod vor unserer Haustür sind berechtigter Anlass für Proteste gegen die Militärschau auf der ILA, an denen sich DIE LINKE beteiligen wird – am 10.9. ab 15.30 Uhr vor dem Roten Rathaus und am 15. und 16.9. um 10.00 Uhr direkt vor dem ILA-Gelände am Expo Center Airport in Selchow.

■ ■ *Hans Erleben*

Ungereimtes

Politische Umschau in Treptow-Köpenick

1. Richtungswechsel

Unter der Überschrift „Richtungswechsel“ meldet der Flughafen BER, dass man das Urteil zum Tagschutz gegen Lärm akzeptiert. Dies würde zwar 500 Millionen mehr kosten (bisher waren 150 Millionen vorgesehen,) aber man hätte dann den am besten gegen Lärm geschützten Flughafen, sei also Weltspitze. Was dabei auffällt: das Gericht hat lediglich das im Planfeststellungsbeschluss festgelegte Tagschutzniveau bestätigt. Wieso dann Mehrkosten von 500 Millionen? Flughafenbesitzer und Erbauer hatten ganz offensichtlich nicht die Absicht, sich an den eigenen Planfeststellungsbeschluss zu halten! Das erklärt die nach wie vor schleppende Behandlung und die Pingeligkeit.

2. Kostenexplosion

Schon fast in Vergessenheit geraten ist die Tatsache, dass der BER, als er noch BBI hieß, von privaten Konsortien errichtet werden sollte. Nach vielem Hickhack winkten die Spitzenkapitalisten ab. Doch wohl, weil sie darin kein Geschäft sahen ob der Deckelung der Finanzen bei 2,7 Milliarden. Also macht es die öffentliche Hand. Jahre später und klüger sind wir bei 1,2 Milliarden Mehrkosten und bisher

bei drei verschobenen Eröffnungsterminen.... und das soll noch nicht das Ende der Fahnenstange sein. Und selbst Wowereits Image ist im Keller. Ein Blick in die berühmte Kristallkugel hätte vielleicht doch den Weg nach Sperenberg gewiesen.

3. ...die Taube auf dem Dach

Nachtragshaushalt. Ein Zauberwort, mit dem man 500 Millionen Mehrkosten beschaffen kann. Man kann doch solch ein Event für die Zukunft einer ganzen Region nicht in die Insolvenz schicken, sagt auch der ehemalige Wirtschaftssenator Wolf. Recht hat er. Dafür war er Wirtschaftssenator.

Zu seiner Zeit gab es ja auch noch „Kohle“ für die Bezirke. Heute werden über 300 Stellen alleine in Treptow-Köpenick, weitere in anderen Bezirken, Seniorenprojekte, Musikschulstandorte und Jugendklubs zur Gegenfinanzierung gebraucht. Aber unsere Zukunft liegt ja in der Luft.

4. Dieselben Köche

Als im vergangenen Jahrhundert nahezu 50% der Wasserbetriebe verkauft wurden, hießen die Protagonisten Diepgen (CDU) und Fugmann-Heesing (SPD). Mit

dem Erlös sollten Haushaltslöcher gestopft werden. Es war die Zeit der Verschleuderung des Tafelsilbers und vieler Geheimabsprachen, für Gewinngarantien. Jahre später sind die Löcher zwar größer geworden und das Wasser teurer, dafür kennen wir durch des Volkes Hartnäckigkeit aber heute viele der geheimen Verhandlungsdetails. Und wir wollen unser Wasser zurück. Das geht durch Rückkauf. Es ist schon ein Treppenwitz der Weltgeschichte, dass nunmehr dieselbe Regierungskoalition mit umgekehrten Machtanteilen den Rückkauf bewerkstelligen soll. Woher kommt nur mein Bauchgefühl, dass wir alle nur verarscht werden?

■ ■ *Ernst Welters*

kurz notiert

► Erdgasleitung Wegedornstraße

Die 1991 in der Wegedornstraße errichtete Erdgashochdruckleitung wird regelwerkskonform betrieben und gewartet. Nach Aussage der NBB Netzgesellschaft bestehe auch keine Einschränkung bezüglich der Verkehrsbelastungen, informierte Stadtrat Rainer Hölmer in seiner Antwort auf eine kleine Anfrage von Ernst Welters (DIE LINKE). Der Verordnete hatte sich insbesondere dafür interessiert, warum das Durchfahrverbot für LKW aufgehoben wurde.

Unterwegs mit den Streetworkern

Stadtrat Gernot Klemm bei Gangway

Es ist ein feucht-warmer Sommertag im Juli, die schwüle Hitze drückt und lässt bei der kleinsten Bewegung den Schweiß auf die Stirn treten. Das Jackett lässt der Jugendstadtrat Klemm (DIE LINKE) deshalb gleich in seinem Büro, als ihn die beiden Streetworker Stefan S. und Stefan W. von Gangway zu einem Praktikum abholen.

Gernot Klemm, 47, ist erst seit vergangenem Jahr Stadtrat im Bezirk, vieles ist neu und die Einarbeitung kostet Zeit. Trotzdem musste Klemm sofort weitreichende Entscheidungen treffen. Der vom Senat vorgegebene Kürzungshaushalt lässt den Berliner Bezirken kaum Handlungsspielraum, auch der Jugendstadtrat ist zum Kürzen gezwungen. Um sein Amt besser kennenzulernen besucht Klemm derzeit eine Vielzahl von Einrichtungen, oft auch unangemeldet. „Ich möchte nicht, dass extra für den Stadtrat etwas Besonderes geboten wird, sondern die ganz alltägliche Arbeit kennenlernen“, betont Klemm. Er sei bereits in vielen Jugendklubs gewesen, nun stünden weitere Einrichtungen auf dem Programm. Anfang Juli half er bereits beim Krisentelefon des Jugendamtes bei der Bearbeitung von Notfällen. Einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren einigermaßen erstaunt darüber, den Stadtrat beim Ausfüllen von Bögen und Vordrucken zu sehen.

Mit den beiden Straßensozialarbeitern geht es zunächst zu einem Treffpunkt von Jugendlichen auf einem verwilderten Be-

triebsgelände. Durch Brennnesseln geht es mit dem Stadtrat durch ein Loch in einer Mauer auf das weitläufige Areal. Die alten, heruntergekommenen Backsteingebäude, mit Graffiti übersät, haben den morbiden Charme eines Endzeit-Filmes. Während die Gangway-Sozialarbeiter Klemm erklären, wie sich die sozialen Probleme hier zusammensetzen und welche besonderen Schwierigkeiten es dabei gibt, sucht die kleine Gruppe nach den Jugendlichen. An diesem heißen Sommertag ist hier allerdings niemand anzutreffen. „Vielleicht sind die heute alle an einen See gefahren“, vermutet Stefan S. Weiter geht es zum nächsten sozialen Brennpunkt inmitten der Plattenbauten des Kosmosviertels. Zwischenzeitlich ist die dritte Streetworkerin von Gangway, Marlene, zu der Gruppe gestoßen. Sie hatte zuvor einen Einzelfalltermin mit einer jungen alleinerziehenden Mutter, die sie irgendwann einmal auf der Straße aufgelesen haben und nun weiter betreuen. Auffällig sind die vielen Kinder zwischen den grauen, teilweise unsanierten Hochhäusern. Einige davon werden wohl als Jugendliche in die Zielgruppe der Straßensozialarbeiter fallen. Während im Sommer die zahlreichen Grünanlagen die Atmosphäre auflockern, sei es im Winter hier besonders trostlos und windig, erklärt Marlene. Die Tour geht weiter durch Oberschöneeweide, Johannisthal, Adlershof bis nach Alt-Treptow. Der Jugendstadtrat ist dabei, als die Sozialarbeiter



Foto: Joseph Rohmann

Jugendliche ansprechen und Kontakte knüpfen. Viele von ihnen sind noch nicht alt, erzählen aber schon von vielfältigen Problemen, Kontakten mit Polizei, Justiz und Kriminalität. „Ich wäre nie auf die Idee gekommen, an einigen der besuchten Orten Jugendtreffpunkte zu vermuten“, ist Klemm erstaunt. Er ist überzeugt von der Wichtigkeit der Streetworker, die es neben den Jugendklubs unbedingt brauche, da auch Jugendliche, um die sich sonst niemand kümmere, aufgefangen werden müssten. Überrascht über das Interesse des Jugendstadtrats zeigt sich auch der Sozialarbeiter Stefan S.: „In meinen mehr als zehn Jahren Dienstzeit ist es das erste Mal, dass ein politisch Verantwortlicher unser Angebot für ein Praktikum tatsächlich annimmt“.

■ ■ Joseph Rohmann

Für neue Gemeinschaftsschule

Das unter Rot-Roter Regierungsverantwortung eingeführte Projekt der Gemeinschaftsschule in Berlin trägt maßgeblich die Handschrift der LINKEN. Diese Schulform – unter Voraussetzung einer guten materiellen und personellen Ausstattung – ermöglicht mehr Chancengleichheit und -gerechtigkeit durch längeres gemeinsames Lernen und eine optimale Förderung der individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten aller Schülerinnen und Schüler und kann bis zum Abitur führen.

Das gilt auch unter den neuen politischen Mehrheiten in Berlin. Deshalb ist es zu begrüßen, dass sich mit der Müggelschloßchen-Schule eine weitere Schule des Bezirks für diesen Weg ent-

schieden hat. Nur platzt das bisherige Schulgebäude aus allen Nähten und kann steigenden Schülerzahlen und den räumlichen Anforderungen der neuen Schulform kaum gerecht werden.

Eine Lösung für dieses Problem könnte die Nutzung eines baugleichen Schulgebäudes aus DDR-Zeiten in der Nähe sein, welches bis Anfang der neunziger Jahre durch die ehemalige POS Gerhart-Hauptmann genutzt wurde. Dazu müsste das Gebäude neben einigen Instandsetzungsarbeiten am Dach und an der Fassade lediglich auf den neuesten Baustandard gebracht werden. Johann Eberlein, schulpolitischer Sprecher der Linksfraktion in der BVV, erfragte die Stellungnahme des

Bezirksamtes. Er begrüßt den Antrag der Müggelschloßchen-Schule und meint: „Wie die Antwort auf meine Anfrage zeigt, hält das Bezirksamt eine Sanierung nicht nur für realistisch, sondern sieht darin eine Möglichkeit den steigenden Bedarf an Sekundarschulplätzen vollständig abzudecken. Damit können wir die Schullandschaft im Bezirk weiter verbessern und den Schülern und Eltern eine attraktive und moderne Schulform in unmittelbarer Nähe anbieten.“

Darüber hinaus hat die Fraktion DIE LINKE das Bezirksamt ersucht, im Zuge der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung alle Schulen zu unterstützen, deren Schulgremien eine Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule wünschen.

■ ■ Edith Karge

Neue Angriffe gegen Bezirkspolitiker

Rechte Gewalt weiter gestiegen

Was man aus den Medien weiß, bestätigt nun auch die offizielle Statistik. Straftaten aus der rechten Szene haben im vergangenen Jahr in Treptow-Köpenick zugenommen. Im Vergleich mit dem Vorjahr ist 2011 eine Steigerung von etwa 10% zu verzeichnen. Das geht aus einer Antwort des Bezirksamts auf eine kleine Anfrage des Fraktionsvorsitzenden Philipp Wohlfeil (DIE LINKE) hervor.

Wohlfeil hatte gefragt, wie sich die Zahl rechter Straftaten in den letzten Jahren entwickelt. Demnach wurden 2011 Gewalttaten gegen Menschen von den fast immer männlichen Tätern dreimal häufiger begangen als noch 2010. Besonders häufig sind neben Propagandadelikten, wie etwa dem Sprühen von Hakenkreuzen die Fälle von Sachbeschädigungen, Bedrohungen und Beleidigungen. Gleichgeblieben ist im Vergleich mit den Vorjahren die Verteilung der politisch-motivierten Kriminalität, Köpenick, Ober- und Niederschöneweide bilden nach wie vor

die Schwerpunktbereiche. Die rechten Täter attackierten nicht nur Menschen mit vermutetem Migrationshintergrund oder spielten laute Lieder von verbotenen Szenebands, sie bedrohten im vergangenen Jahr auch Politiker der Bezirksverordnetenversammlung, welche sich besonders gegen Rechts engagieren. Die Bürgerbüros der Partei DIE LINKE wurden mehrfach angegriffen, die Scheiben wiederholt eingeschlagen. „Erst in der letzten Woche wurde der Wohnort eines Kommunalpolitikers von Nazis attackiert. Wir können hier eine unschöne Kontinuität erkennen, der wir weiterhin geschlossen entgegenzutreten müssen“, resümiert Wohlfeil angesichts der Entwicklungen im Bezirk.

Neben zivilgesellschaftlichem Engagement, etwa durch die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR), Offensiv91 und das Zentrum für Demokratie hilft manchmal auch der Zufall: Als im Juni 2011 Rechte in Niederschöneweide eine Demonstration durchführen, bedro-

hen diese mit einer zehn Personen starken Gruppe zwei Menschen, die sie für linke Gegendemonstranten halten. Die beiden können den Angriff erfolgreich abwenden. Was die Rechten nicht wussten: bei den vermuteten Linken handelte es sich um Polizeibeamte.

Auch in diesem Jahr haben die Übergriffe auf Nazigegner wieder traurige Höhepunkte erreicht. So wurden nicht nur engagierte Menschen angegriffen, die sich um die Entfernung von rechter Propaganda bemühten, sondern auch zwei Bezirkspolitiker an ihrer Privatadresse attackiert. Hans Erleben (DIE LINKE), Sprecher des Bündnisses für Demokratie, und Nico Schmolke (SPD), Mitglied im Landesvorstand der Jusos, wurden von bislang unbekannt Tätern zunächst mit Steinen Fenster der Wohnungen eingeworfen und dann der Briefkasten mit Feuerwerkskörpern gesprengt. Am Montag dem 27. August versammelten sich deshalb 150 Menschen auf dem Cajamarca-platz vor dem Bahnhof Schöneweide, um gegen die neuen Gewaltakte aus der rechten Szene zu protestieren.

■ ■ jr

Ein literarischer Spaziergang

Auf den Spuren prominenter Adlershofer

Anna Seghers und Berta Waterstradt, beide Schriftstellerinnen, Wolfgang Kohlhaase, Drehbuchautor, Regisseur und Schriftsteller sowie die Schauspieler Steffie Spira, sie alle wohnten einst in Adlershof. Kohlhaase zog anderorts, die drei Frauen leben nicht mehr. In einem literarischen Spaziergang am 9. August vorbei an ihren Wohnstätten machte Hans Erleben, Vorsitzender des Adlershofer Bürgervereins, die der Einladung folgten mehr als 50 Bürgerinnen und Bürger mit dem jeweiligen Schaffen und so manch persönlichen Eigenheiten dieser Personen bekannt. Anfangs in der Altheider Straße 21 noch in einem Haus zusammenwohnend, blieben beide Schriftstellerinnen auch nach Seghers Umzug in die damalige Volkswohlstraße 81, heutige Anna-Seghers-Straße, sehr eng befreundet und machten gemeinsame Spaziergänge und Einkäufe in Adlershof. Vor dem Haus Genossenschaftsstraße 43 wurde das Wirken von Kohlhaase gewürdigt. In diesem Jahr 81 Jahre geworden, ist er wohl durch Drehbücher zu Filmen wie „Berlin – Ecke Schönhauser, „Ich war neunzehn“ oder



Foto: Helmut Holfert

„Solo Sunny“ und weiteren 23, als auch selbst als Regisseur bekannt. Und was Steffie Spira betrifft, die in der Hoffmannstraße 2 wohnte, so waren alle Bemühungen bisher in der BVV Treptow-Köpenick als auch bei den Eigentümern dieses Hauses gescheitert, eine Erinnerungstafel anzubringen. Dieser Spaziergang wurde noch dadurch bereichert, daß weitere Personen interessante Details ergänzend erzählten. So die Verantwortliche der Anna-Seghers-Gedenkstätte, Dr. Monika Melchert und Wolfhard Staneczek, im Ad-

lershofer Festkomitee und bei der Adlershofer Zeitung tätig. Ganz persönliche Bindungen wurden offenbar, durch die Schilderung der Frau Glugla, die, als junges Mädchen unter Berta Waterstradt

wohnend, so manchen Einkauf für sie tätigte. Ein Spaziergang, der interessanter und informativer gar nicht sein konnte. Zumal einige ganz Interessierte auch noch die einzigen zwei Ehrengräber auf dem Adlershofer Friedhof in der Hackenbergstraße gezeigt bekamen: Wolfgang Heinz, Schauspieler und u. a. auch Intendant des DT, mit seiner Frau Erika, bekannter unter dem Namen Pelikowski und im anderen Grab die Autorin der „Söhne der großen Bärin“ Liselotte Welskopf-Henrich.

■ ■ Helmut Holfert

Gysi meint...



Minijobs, um im Alter über die Runden zu kommen

Eine Kleine Anfrage der Linken im Deutschen Bundestag brachte es ans Licht. Im vergangenen Jahr mussten 762.000 Rentnerinnen und Rentner in so genannten Mini-Jobs für 400 Euro im Monat Regale in Kaufhäusern auffüllen, bei Wachdiensten tätig sein oder Zeitungen austragen. Das sind 60 Prozent mehr als noch vor elf Jahren. Die Zahl der Minijobber über 75 Jahre stieg sogar um 86 Prozent auf knapp 120.000 Personen an. Es ist purer Zynismus, wenn die Bundesregierung nur lapidar feststellt, dass der Anstieg der Minijobs bei Rentnerinnen

und Rentnern Ausdruck für eine Gesellschaft auf dem Weg des längeren Lebens und Arbeitens sei und schlicht leugnet, dass sie diese Tätigkeiten wegen wachsender Armut ausüben.

Die Renten sind bei uns erheblich gesunken. Wer vor elf Jahren nach 35 Versicherungsjahren in Rente ging, erhielt im Schnitt 1.021 Euro im Monat, im letzten Jahr nur noch 953 Euro. Die Erwerbsminderungsrenten – nur jede und jeder Zweite erreicht das heutige Rentenalter von 65 Jahren – sanken im gleichen Zeitraum von durchschnittlich 738 Euro auf 634 Euro monatlich und müssen aufgrund des früheren Renteneintritts Abschläge von durchschnittlich 114 Euro hinnehmen. Damit fallen sie deutlich unter die Armutsgrenze.

Die zunehmende Altersarmut, die sich dahinter verbirgt, wird sich durch die Rente erst ab 67 künftig noch weiter erhöhen, zumal auch seitens der Bundesregierung nichts getan wird, um sie zu bekämpfen. Sie setzt die seit Rot-Grün begonnene Kürzungspolitik fort und senkt ohne Not die Beiträge zur gesetz-

lichen Rentenversicherung um 0,6 Prozent. Mit den Rentenüberschüssen müsste die Altersarmut bekämpft werden. Und die im Koalitionsvertrag vereinbarte Rentenangleichung Ost hat sie beerdigt.

Die unter Rot-Grün begonnene und von Schwarz-Rot und Schwarz-Gelb fortgesetzte Rentenkürzungspolitik muss endlich beendet werden. Alternativen dazu gibt es: höhere Löhne, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, eine Bekämpfung des Niedriglohnssektors, damit höhere Rentenanwartschaften erworben werden können.

Eine Beitragspflicht aller Menschen mit Einkommen, eine Rückkehr zur alten Rentenformel, eine Steigerung der Renten, die Rücknahme der Rente erst ab 67, eine wirksame Bekämpfung der Altersarmut durch die Einführung einer steuerfinanzierten sozialen Mindestrente von 1.050 Euro im Monat und die Angleichung der Renten in Ost und West. Dafür wird sich DIE LINKE einsetzen und es zu einem wichtigen Wahlkampfthema machen.

USA-Stipendium

Der Deutsche Bundestag vergibt im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms im nächsten Programmjahr 2013/2014 voraussichtlich 360 Stipendien für ein Austauschjahr in den USA. Dafür können sich Schülerinnen, Schüler sowie junge Berufstätige bewerben. Das PPP-Stipendium umfasst die Reise-, Programm- sowie notwendige Versicherungskosten. Die Stipendiaten leben in amerikanischen Gastfamilien. Die Bundestagsabgeordneten nominieren die PPP-Stipendiaten und übernehmen für sie eine Patenschaft. Schülerinnen und Schüler müssen zum Zeitpunkt der Ausreise (31.7.2013) mindestens 15 und dürfen höchstens 17 Jahre alt sein. Junge Berufstätige müssen bis zur Ausreise (31.7.2013) ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und dürfen zu diesem Zeitpunkt höchstens 24 Jahre alt sein. Die Bewerbung muss bis spätestens 14. September 2012 bei der für den Wahlkreis zuständigen Austauschorganisation eingegangen sein. Ein Informationsblatt mit der Bewerbungskarte sowie weitere Informationen stellt der Deutsche Bundestag im Internet unter www.bundestag.de/ppp zur Verfügung.

Ferner besteht die Möglichkeit, diese beim Deutschen Bundestag, Referat WI 4, Platz der Republik 1, 11011 Berlin oder unter ppp@bundestag.de anzufordern.

Im Rahmen dieses gegenseitigen Austauschprogramms kommen im Sommer 2013 gleich viele amerikanische Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige nach Deutschland. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages bitten daher Familien in ihrem Wahlkreis um die ehrenamtliche Bereitschaft, einen der jungen Gäste für ein Jahr bei sich aufzunehmen. Die Gastfamilien werden bei ihrem Engagement durch Austauschorganisationen unterstützt.

*Die Adressen dieser Organisationen finden Sie im Internet unter www.bundestag.de/ppp
André Schubert
Wahlkreisbüro Gregor Gysi*

kurz notiert

► Keine Tram nach Rudow

Eine Verlängerung der Straßenbahn von Johannisthal zum U-Bahnhof Zwickauer Damm wird es voraussichtlich vor 2025 nicht geben. Als langfristige Option sei sie jedoch im Stadtentwicklungsplan vorgesehen, heißt es aus dem Bezirksamt.

Öffentliche Sprechstunden

Die nächste Sprechstunde für Bürgerinnen und Bürger findet am **17. September 2012** in der Zeit von **13–18 Uhr** im Bürgerbüro, Brückenstraße 28 statt. Anmeldungen bitte bei André Schubert unter (030) 63 22 43 57.

Im Rahmen dieser Sprechstunde wird um 14 Uhr eine neue Ausstellung in den Räumlichkeiten des Bürgerbüros eröffnet. Diese **Ausstellung „Schönheiten der Jahreszeiten“** mit Bildern der Malerin Hannelore Jäger kann bis zum **31. Januar 2013** jeweils Mo, Mi und Do von 13 – 16.30 Uhr und nach Vereinbarung besucht werden.

.....
Mi 26.9. 17:30 KIEZKLUB,
Alte Schule Adlerhof, Sprechstunde mit
• **Uwe Doering,**
Parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und
• **und Dr. Hans Erleben,**
Mitglied der Linksfraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Sie finden hier Termine der Partei DIE LINKE. Weitere Termine von öffentlichen Veranstaltungen finden Sie auf Seite 8

Beratungen des Bezirksvorstandes

Di 11.9. 18:30 Brückenstraße

Das „blättchen“ braucht Spenden!

Um die Kosten decken zu können, ist eine Spende von 25 Cent für jede Ausgabe notwendig. **Vielen Dank.**

Empfänger: DIE LINKE Berlin **Konto:**
525 60 78 03

BLZ: 100 708 48 Berliner Bank AG
Verwendungszweck: 502-810
oder direkt in beiden Geschäftstellen.

Vielen Dank

KONTAKT

Bezirksverband

Geschäftsstelle Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin

Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792

E-Mail: bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten:

Montag nach Vereinbarung,

Dienstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr

Kassenzeiten:

Dienstag von 10.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Geschäftsstelle Treptow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 532 89 22

Öffnungs- und Kassenzeiten:

Donnerstags von 13.30 bis 17.00 Uhr

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205

Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Telefon / Fax (030) 533 76 07

Telefon (030) 902 97 41 61

mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de

Sprechstunden jeweils:

Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 63 22 43 57,

Fax (030) 63 22 43 58

gregor.gysi@wk.bundestag.de

Sprechzeiten:

Montag von 13.00 bis 16.30 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.30 Uhr

www.dielinke-treptow-koepenick.de

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

im September

95. Rolf Brandt

94. Sigfrid Riedel

92. Stella Domdey, Edeltraut Werner

90. Ursula Rättsch, Charlotte Ziegler,

Hans Eichhorn

85. Gerda Freyer, Elfriede Hadyk,

Gertud Hetzer, Ursula Kienitz,

Charlotte Muhs, Elfriede Otto,

Elfriede Thies, Heinz Bobkowski,

Walter Rothkirch,

Arthur Schumann

80. Ursula Breitmoser,

Marianne Jung,

Irmgard Scholz,

Hubert Fetzter,

Wolfgang Kopatz,

Klaus Laschet,

Heinz Salewski

75. Renate Dam, Dorit Wegener,

Wolfgang Schade

und nachträglich zum 75.

Annelore Baruschka

Einladung zur Hauptversammlung

der LINKEN Treptow-Köpenick 22. September, 10 Uhr

• Wahl des Bezirksvorstandes

• Wahl der Delegierten für den Landesparteitag (20./21.10.12)

• Wahl der Vertreter/innen für die Landesvertreter/innenversammlung (Anfang 2013)

Für diese Hauptversammlung sind in den BOen neue Delegierte sowie Vertreter/innen für die Vertreter/innenversammlung Treptow-Köpenick (24.11.) zu wählen.

Vordrucke für die Wahlprotokolle liegen sowohl in der Brückenstraße als auch im Allendeweg vor.

Tag der Mahnung und Erinnerung

Da der Lustgarten in diesem Jahr nicht zur Verfügung steht, hat sich die Berliner VVN-BdA entschlossen, den Tag der Mahnung und Erinnerung am Sonntag den 9. September auf dem Tempelhofer Feld zu begehen. In der Öffentlichkeit wird dieser Ort meist nur mit der amerikanischen Luftbrücke von 1948 in Verbindung gebracht. Der Rest der Geschichte wird verschwiegen. Das wollen wir ändern!

Gleich nach der Machtübertragung wurden hier im Columbiahaus rund 10.000 Antifaschisten im Gestapo-Gefängnis, später bis 1936 im regulären KZ gequält. Am 1. Mai 1933 – von den Nazis als „Tag der nationalen Arbeit“ verfälscht – mussten über eine Million Menschen auf dem Tempelhofer Feld antreten.

Einen Tag später wurden die Gewerkschaften zerschlagen.

Im Krieg erfolgte hier Rüstungsproduktion mit Zwangsarbeitern.

Auch wenn der Weg von Köpenick weit und ungewohnt ist – wir laden Euch sehr herzlich ein zum diesjährigen Tag der Mahnung, Erinnerung und Begegnung und geben folgende Hinweise zur Anfahrt!

• S-Bahn **ab Friedrichshagen** um 11.46 Uhr oder Köpenick um 11.50 Uhr an Ostkreuz um 12.04 Uhr

• Bus 104 **ab Ostkreuz** um 12.14 Uhr an Friedhöfe Columbiadamm um 12.34 Uhr

• Bus 167 **ab Müggelschloßchenweg** um 11.30 Uhr

an U-Bahnhof Boddinstr. um 12.20 Uhr

• Bus 104 **ab U-Bahnhof Boddinstraße** um 12.30 Uhr an Friedhöfe Columbiadamm um 12.34 Uhr

Sonntagsmatinee

Am Sonntag, 16.9.2012, findet um 11 Uhr die nächste Sonntagsmatinee im Stadttheater Köpenick statt. Zu Gast bei Gregor Gysi ist diesmal Hans-Peter Urban, ehemaliger technischer Direktor des Fernsehens der DDR und ehemaliger Geschäftsführer des Studio Hamburg sowie des Studio Berlin. Kartenreservierung ist unter Telefon 650 162 34 oder im Theater, Friedrichshagener Straße 8 in 12555 Berlin möglich.

40 Jahre Allendeviertel

Dieses stolze Jubiläum feierte der Bürgerverein Allendeviertel e.V. gemeinsam mit Anwohnern und chilenischen Gästen mit einem bunten Bürgerfest auf dem Gelände der Amtsfeldgrundschule am 1. September.

Was vor 40 Jahren auf einem ehemaligen Acker – genannt Amtsfeld – mit dem Einzug der ersten Mieter in die ersten von über 2200 neu gebauten Vollkomfortwohnungen begann, ist heute ein beliebtes Wohngebiet im Grünen in Köpenick und eine begehrte Wohnlage für die über 8000 Bewohner – besonders für junge Familien und Ältere. Der Name Allendeviertel entstand 1973 und besteht



noch heute. Nach dem Militärputsch gegen die Regierung des sozialistischen

Präsidenten Salvador-Allende im September 1973 in Chile wurden viele neue Straßen und Einrichtungen des Neubaugebietes nach den Chilenen Salvador Al-

lende, Pablo Neruda und Viktor Jara benannt. (kf)

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

Weitere Termine der Partei DIE LINKE finden Sie auf Seite 7

SO 9.9. 13.00 Uhr Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung. Tempelhofer Feld, Eingang Columbiadamm, Nähe Golßener Straße

50. Skatturnier um den Wanderpokal der BVV-Fraktion DIE LINKE Treptow-Köpenick

am 9. September 2012 um 10.00 Uhr

im „Hofcafe zur Post“ Schillerpromenade/Griechische Allee Verbindliche Anmeldung bis zum 08.09.12 unter Tel: 537 80 499 oder im „Hofcafe zur Post“ Tel.: 538 90 916 oder direkt am Sonntag bis 10.00 Uhr vor Ort sein.

Startgeld: 10,- Euro (inklusive Mittagessen)

MO 10.9. 15.30 Uhr Beratung der AG Seniorenpolitik im Raum 107 des Rathauses Köpenick. Die Generation 60+ wendet sich mit Ihren Problemen, Fragen und Vorschlägen direkt an die Bezirkspolitiker.

MO 10.9. 17.00 Uhr Öffentliches Seniorenforum im Saal Rathaus Köpenick

MI 19.9. 18.00 Uhr „Wahn und Kalkül – der Antisemitismus mit dem Hakenkreuz“, Prof. Dr. Kurt Pätzold

»100 Jahre Grundsteinlegung«

Vor 100 Jahren wurde der Grundstein des heutigen Karl-Liebknecht-Hauses gelegt. Darauf und an die wechselvolle Geschichte des Hauses will DIE LINKE zum »Tag des offenen Denkmals« mit einem Rahmenprogramm erinnern.

Sonntag 9. September

16 Uhr im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28

Neben den üblichen Hausführungen (sieben Führungen Sa 10–17 Uhr und So 11–16 Uhr) wollen wir in diesem Jahr das Karl-Liebknecht-Haus öffnen und mehrere Programmpunkte anbieten.

stellt sein neues Buch vor, BdA Treptow, Begegnungsstätte PRO

MI 19.9. 19.00 Uhr Bürgerforum zur Kommunalpolitik, mit Ines Feierabend, stellv. Bezirksbürgermeisterin, Dorfklub Müggelheim

DO 20.9. 16.00 Uhr Einblicke in die Arbeitsweise der Fraktion der Partei DIE LINKE mit Alexander REETZ (Mitarbeiter der Bundestagsfraktion), Gaststätte „Zum Hauptmann von Köpenick“, Oberspreestraße 148

SO 23.9. 10.00 Uhr Politischer Frühschoppen mit Petra Pau (Mitglied im Innenausschuss des Bundestags), Themen: Sicher-

heit und Kriminalitätsbekämpfung aus linker Sicht, sowie der NSU-Untersuchungsausschuss. Hofcafe zur Post, Schillerpromenade/Ecke Griechische Allee, Oberschöneeweide

DI 02.10. 19.00 Uhr (Einlass) EIN KESSEL ROTES, Gedanken, Texte und Songs für Vernunftbegabte und solche, die es bleiben wollen. ROCK GEGEN OBEN (Blassrotes Lied gut und Songs aus der Pfandleihe), „KulturGut“ Alt Marzahn 23
Karten an der Abendkasse oder über 030 – 549 81 877 www.einkesselrotes.de

Einladung

An ihren Erlebnissen und Erfolgen von New York über Moskau bis Berlin lässt uns teilnehmen die beliebte Schauspielerin und brillante Brecht-Interpretin

Gisela May

Am Donnerstag, dem **25. Oktober 2012 um 19 Uhr** Bohnsdorfer Kulturküche, Dahmestraße 33

Um eine Spende von 8 Euro wird gebeten
Ortsvorstand DIE LINKE

Termine für den blättchen-Kalender bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder an: petra.reichardt@die-linke-berlin.de